



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

nie war uns der Nahe Osten näher als heute: Millionen von Einwanderern haben in den letzten Jahrzehnten nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch ihre Kultur und Religion mit nach Deutschland und Europa gebracht. Der Kontinent wird dadurch zunehmend mit kulturellen Fragen konfrontiert, die einen – durch die Zuwanderung bedingten – Wandel in unseren Gesellschaften deutlich machen. Politik und Gesellschaft sind bemüht, einen sachgerechten Umgang mit den neuen Herausforderungen zu finden. Aufgrund der heutigen kommunikativen und sozialen Vernetzung erhalten Konflikte oftmals eine Dimension, die unserem Interesse an einem fruchtbaren Dialog und an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Nahen Osten und der islamischen Welt widerspricht. Auseinandersetzungen, die für demokratische und pluralistische Gemeinwesen normal sind, werden immer häufiger von radikalen Kräften instrumentalisiert. Eine proaktive Politik ist daher eine wichtige Voraussetzung, um den Kräften, die entweder Islamfeindlichkeit oder aber antiwestliche Stimmungen schüren wollen, wirkungsvoll entgegen zu treten. Gerade die deutsche Politik, die traditionell großes Vertrauen im Nahen Osten genießt, kann hier strategische Positionen erarbeiten, um damit ihre konstruktive Rolle im Nahen Osten weiter ausbauen.

Dazu gehört auch, dass sich Deutschland in der Region für den nachhaltigen Schutz und die Beachtung der Menschenrechte einsetzt. Dies gilt auch mit Blick auf die Situation der Christen im Nahen Osten. Wenn Christen, weil sie Christen

sind, und zudem noch eine Minderheit, verfolgt, diskriminiert oder ausgeschlossen werden, dann ist dies ein Thema, zu dem die Politik nicht schweigen darf. Hinzu kommt auch, dass die zunehmend geringer werdende christliche Präsenz im Nahen Osten der allgemeinen kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht förderlich ist. Das lässt sich in Ägypten genau absehen wie im Irak oder Syrien.

Deutschland nimmt im Nahen Osten vor allem eine wirtschaftliche Rolle wahr, von wachsender Bedeutung ist jedoch auch die politische Moderatorenrolle. In der Region wird ausländischer Einflussnahme und Machtinteressen mit Misstrauen begegnet. Dies trifft für das deutsche Engagement nicht zu. Ob beim UNIFIL-Einsatz oder den Vermittlungsgesprächen im Falle Gilad Shalits: Das deutsche Engagement wird im Nahen Osten auf vielen Seiten geschätzt.

Sorgfältig wird in letzter Zeit die Entwicklung in Syrien beobachtet. Kaum jemand kann derzeit abschätzen, ob die Friedensbereitschaft des Regimes in Damaskus profund oder nur strategisch-rhetorisch gemeint ist. In jedem Falle bewegt sich Syrien mit einer stärkeren Diversifizierung seiner außenpolitischen Beziehungen insbesondere mit Blick auf die Türkei derzeit aus der Isolation heraus. Die USA und die Europäische Union halten die Tür zum Dialog offen. Das lässt hoffen und könnte das Land dazu bringen, eine neue und vor allem konstruktivere Rolle in der Region anzunehmen. Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob Syrien willens und fähig ist, mit internationaler Unterstützung dem alten Satz Henry Kissingers, demnach es in der Region keinen Krieg ohne Ägypten, aber vor allem keinen Frieden ohne Syrien gebe, neue Beweiskraft zu verleihen.

Der Umgang mit den christlichen Minderheiten in der Region, die Entwicklung in Syrien und die gestiegenen Anforderungen an Deutschland sind die zentralen Themen, denen sich dieses Heft widmet.

Johannes Waller,
Stellvertretender
Generalsekretär